



Schlussstein der Verdrängung

> Luxusbebauung in der Belforter Straße

Mitten in Prenzlauer Berg steht unweit des Kollwitzplatzes ein besonderes Refugium. Anfang der 60er Jahre bauten an der Belforter Straße Krankenschwestern und junge Ärzte der Charité 110 Wohnungen mit zwei großen grünen Höfen als Genossenschaftsprojekt. Mancher von ihnen wohnt heute noch dort, zum Teil zu moderaten Mieten.

Die Firma econcept ist seit knapp vier Jahren Eigentümerin der drei Häuser. Sie will gern Wohnungen abreißen, um Platz für eine Luxusbebauung zu schaffen und überzieht einige der betagten Mieter mit Verwertungskündigungen. Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Michail Nelken, hat Gregor Gysi und mich kurz vor Weihnachten eingeladen, um auf die skandalöse Situation aufmerksam zu machen. Gregor Gysi kritisierte die Konzeptlosigkeit der Wohnungspolitik des schwarz-roten Senats: „Es fehlt ein klares Ziel und der Weg, wie man dieses Ziel erreicht.“

Es sind meines Erachtens vor allem auch die politischen Rahmenbedingungen, welche derartiges Gebaren möglich machen. Die Bundesgesetze, die in den letzten Jahren erlassen wurden, stärken die Vermieter und schwächen die Mieter. Das, was wir hier erleben, ist faktisch der Schlussstein eines Prozesses, der zum Austausch nahezu der gesamten Bevölkerung von Prenzlauer Berg in den vergangenen beiden Jahrzehnten führte.

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich@wk.bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Schwerpunktthema

- > **BVV diskutiert über Gesobau**
... weiter auf Seite 2
- > **Zwischenlösung für die Stille Straße**
... weiter auf Seite 4
- > **Kein Verbot von Luxuswohnungen**
... weiter auf Seite 5
- > **Dumm gespart**
... weiter auf Seite 6
- > **Autobahnanschluss für Buch**
... weiter auf Seite 7

Am Rande unseres Besuchs wurde bekannt, dass Eigentümer aus der Nachbarschaft gegen das Bezirksamt Pankow Klage eingereicht haben wegen eines von diesem mit econcept im Mai 2013 geschlossenen Vergleichs. Damit drohen dem Bauvorhaben weitere kostspielige Verzögerungen und es keimt Hoffnung auf, dass so das Projekt noch scheitern könnte.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

> **Schwimmhalle weitersanieren**

In einem gemeinsamen Antrag fordern die Fraktionen von LINKEN, SPD und Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), dass die Thomas-Mann-Schwimmhalle weiter saniert werden soll. Das Bad wird für den Schul- und Vereinsbetrieb benötigt. Der Beginn der Sanierung im März 2013 wurde kurz danach unterbrochen. Das ursprünglich den Bäderbetrieben zur Verfügung gestellte Geld von 4,4 Millionen wurde in einem Bad in Gropiusstadt verbaut. Nun ist wegen des Geldmangels der gesamte Bau gestoppt.

> **Betonbunker erhalten**

Der Betonbunker in der Schönholzer Heide soll saniert und erhalten werden. Das fordert die Grünen-Fraktion. Der Bunker sei der letzte erhaltene Teil des Zwangsarbeiterlagers und solle in Zukunft als Gedenkstätte an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern.

> **Thälmann kommentiert**

Die BVV hat das Bezirksamt ersucht, eine Kommentierung neben der Ernst-Thälmann-Plastik an der Greifswalder Straße anzubringen. Es soll die Geschichte des Dargestellten und des Denkmals historisch kritisch aufarbeiten, kommentieren und anschaulich machen.

> **Bücher für Flüchtlinge**

Auf Antrag der Linksfraktion hat die BVV beschlossen, dass aus den Bibliotheken ausgesonderte Medien nicht nur nur karitativen Einrichtungen wie Bücherstuben, sondern auch an die bestehenden Flüchtlingsunterkünfte abzugeben sind. Der Bedarf nach Büchern und Spielen, etc. für Kinder, Jugendliche und Erwachsenen in den Einrichtungen ist groß.

Einladung BVV-Sitzung

am 5. März 2014

> 21. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Das Letzte zum Schluss

> **Die Letzte war die Längste**

Ein flüchtiger Blick auf die Tagesordnung und alles schien gut zu werden. Im Ältestenrat hatten sich die Fraktionen schon darauf geeinigt, fast alle Tagesordnungspunkte durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ohne Aussprache in die Ausschüsse

großer Mehrheit wurde unser Antrag angenommen.

Beschlossen wurde auf diese Weise, dass das Bezirksamt ersucht wird, die Gesobau nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass Ultimaten und Kündigungsdrohungen im laufenden Pilot-



Bezirksamt in der Fröbelstraße / Diesterwegstraße

zu überweisen. Doch wer sich auf eine kurze Sitzung gefreut hatte, der hatte nicht richtig hingesehen.

Wohnungs(bau)politik ist immer ein strittiges Thema und so nahm das Unheil seinen Lauf. Noch vor Eintritt in die Tagesordnung rief die BVV-Vorsteherin den Ältestenrat zu einer weiteren Beratung zusammen. Die Dringlichkeit des Antrags der Linksfraktion und des „Verhinderungsantrages“ der SPD sowie der Beratungsmodus mussten geklärt werden.

In unserem Antrag ging es darum, dass die Gesobau, insbesondere bei dem Pilotprojekt Pestalozzistraße 4, die Mieter durch ihr Vorgehen stark verunsichert. Eine wirklich einvernehmliche Lösung bei den Modernisierungen scheint nicht gewollt. Extrem kurze Fristen setzen die Mieter unter Druck. Nachdem die SPD noch eine Sitzungsunterbrechung beantragt hatte, um sich über ihr Vorgehen beraten zu können, zog sie ihren Antrag zurück. Mit

verfahren gegen Mieter dem Geist der Pilotvereinbarung widersprechen. Sie stellen darüber hinaus keinen akzeptablen Umgang einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft mit Mietern dar, die in Verhandlungen über Modernisierungsvereinbarungen ihre Interessen und Rechte in angemessener Weise zur Geltung bringen.

Viel Zeit hat außerdem eine Einwohneranfrage gekostet. Offenbar in völliger Unkenntnis über den Sinn und die Regeln einer Einwohneranfrage versuchte die Fragestellerin, die BVV in eine Diskussion zu verwickeln. Das zunächst noch geduldige Bemühen der Vorsteherin, der Frau dies zu erklären, war letztendlich vergebens und die Fragestellerin musste des Saales verwiesen werden.



Am Ende war es eine der längsten Sitzungen der BVV überhaupt.

Niels Petring
Bezirksverordneter

Mieter üben massive Kritik

> Pilotverfahren der Gesobau droht eine Bruchlandung

Anfang Januar tagte der Ausschuss für Stadtentwicklung vorsorglich im Saal der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Zur Auswertung der Ergebnisse des sogenannten Pilotverfahrens der Gesobau hatte sich der „Panko-

ten nach wie vor an der ortsüblichen Vergleichsmiete plus fiktiver Energiekosteneinsparung fest, obgleich das zu Mieten weit über den Mietspiegeloberwerten führen kann. Für SPD und Grüne ist das kein Problem.

die Mieter schützt, die es verdienen. Wer es verdient, entscheidet die Gesobau und der Rest soll/kann verschwinden. In Pankow kann man sehr hohen Neuvermietungsmieten realisieren, da stören einkommensschwache Altmietler in größeren Wohnungen.

Die LINKE fordert eine Mietbegrenzung bei 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens für alle Bestandsmieter. Eine Wohnung soll als angemessen gelten, wenn die Zahl der Zimmer die Zahl der Bewohner nicht um mehr als eins überschreitet. Darüber hinaus soll der zeitweilige Ausschluss von weiteren Mieterhöhungen für alle Mieter gelten, nicht nur für Transferleistungsempfänger. Neben verbesserten Regelungen für Umsetzwohnungen und einer Reduzierung der Modernisierungsmaßnahmen auf das Erforderliche fordert die LINKE die Aufnahme eines unbefristeten Ausschlusses einer Kündigung wegen Eigenbedarfs in der Modernisierungsvereinbarung.

Die Beschlussfassung über den Antrag ist auf Ende Januar vertagt worden.

Michail Nelken
Bezirksverordneter



Sitz der Gesobau im Stiftsweg 1

wer Mieterprotest“ angekündigt. Über hundert Mieter brachten auf Plakaten zum Ausdruck, was sie vom Vorgehen der Gesobau halten. Ein Vertreter legte sehr sachkundig die Kritikpunkte der Mieter am Pilotverfahren dar. Das war das Kontrastprogramm zu den Vorträgen des Prokuristen der Gesobau, Lars Hohlborn, des Bezirksstadtrates Kirchner (Grüne) und der Mieterberatung, die unisono das Pilotverfahren als Erfolg anpriesen.

Angesichts der massiven Kritik der Mieter wollten die Fraktionen von SPD und Grünen nicht vorbehaltlos auf die Linie der Lobpreisungen einschwenken. Sie legten einen Antrag vor, der das Bezirksamt auffordert, in einigen Punkten mit der Gesobau Nachbesserungen für den Rahmenvertrag zu verhandeln. Die Linksfraktion stellte dazu einen Änderungsantrag, der eine generelle Kappung der Modernisierungsmieterhöhung beim Mietspiegelmittelwert (ggf. plus nachgewiesener Energiekosteneinsparung) fordert. Die Gesobau und das Bezirksamt hal-

Im Pilotheus in der Pestalozzistraße 4 haben Transferleistungsempfänger und einige Mieter mit geringen Haushaltseinkommen mit der Gesobau sehr maßvolle Mieten vereinbaren können. Was ihnen den Verbleib in ihren Wohnungen vorerst sichert. Allerdings betrachtet die Gesobau dies als Kulanz und will sich nicht generell zu solch einem Vorgehen verpflichten. So werden Mieterhaushalte, deren Wohnfläche die Angemessenheitskriterien des Berliner Mietverbands relevant überschreitet, von dieser sozialen Härtefallregelung ausgeschlossen. Ihnen werden ultimativ kleinere Wohnungen angeboten. Damit werden Mieter, die über Jahre und Jahrzehnte pünktlich Miete gezahlt und ihre Wohnung gepflegt, instandgesetzt und auch mit Eigenmitteln modernisiert haben, wegen ein paar Quadratmetern Verwertungsfläche aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Gesobau spricht zynisch von einer „Gerechtigkeitslücke“, wenn „Alteingesessene an ihren großen Wohnungen festhalten“. Sie stellt klar, dass sie nur



DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

**Linksfraktion in der
BVV Pankow**

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de

Entscheidung im April

> **Bewegung in der Stille Straße**

Das Jahr 2013 war das erste Jahr in neuer Verantwortung für die Seniorenbegegnungsstätte in der Stillen Straße 10.

Seit 1. Januar 2013 wird das Haus von der Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V. in Kooperation mit dem Förderverein des Hauses betrieben. Dazu hatten das Bezirksamt Pankow und die Volkssolidarität einen Nutzungsvertrag für ein Jahr abgeschlossen. Das Jahr sollte genutzt werden, um einen Erbbaurechtsvertrag abzuschließen.

Zuerst die guten Nachrichten: Der Erbbaurechtsvertrag liegt vor, das Bezirksamt hat dem Abschluss dieses Vertrages im Dezember 2013 zugestimmt. Die Volkssolidarität hat darüber hinaus mit dem Förderverein ein Nutzungskonzept für eine „Begegnungsstätte für Jung und Alt“ mit generationsübergreifenden, sozial-kulturellen und sozi-

alen Angeboten vorgelegt, das auch Bestandteil des Erbbaurechtsvertrages sein wird. Unbedingt herausheben möchte ich, dass es der Volkssolidarität und den Nutzern gelungen ist, ohne öffentliche Zuwendung die Begegnungsstätte für die Bürgerinnen und Bürger zu betreiben.

Einen dicken Wermutstropfen gibt's allerdings auch: Die Volkssolidarität hat dem Abschluss des Erbbaurechtsvertrages noch nicht zugestimmt. Grund ist der hohe Sanierungsaufwand des Hauses. Zur Klärung der Finanzierung für die notwendigen Baumaßnahmen



Seniorenbegegnungsstätte in der Stillen Straße 10

hat das Bezirksamt dem Antrag der Volkssolidarität zugestimmt und den Nutzungsvertrag bis Ende April 2014 verlängert. Ich hoffe sehr, dass bis dahin die letzten Hürden genommen werden.



Christine Keil
Bezirksstadträtin
für Immobilien

Kurz aus dem Kiez

> **Bauarbeiten im Mauerpark**

Die Wasserbetriebe bauen einen unterirdischen Staukanal unter dem Mauerpark zur Verbesserung der Wasserqualität. Bei starkem Regen sind die Pumpwerke bisher schnell überfordert, so dass Abwasser mit Regenwasser vermischt in die Panke und die Spree fließt. Wenn der Kanal fertig ist, kann das Wasser dort zwischengespeichert werden. Dies ist jedoch nicht Stein des Anstoßes. Die Anwohner kritisieren vielmehr, dass daran das ganze Jahr gebaut werden soll. Bezirkstadtrat Kirchner (Grüne) hatte ursprünglich versprochen, nur im Winter zu bauen. Die Nutzung des Parks und vor allem der Zugang für die vielen Nutzer wird im Sommer eingeschränkt sein. Denn am Hauptzugang an der Eberswalder Straße wird eine große Baustelle mit einer Baugrube von über 1.000 qm und an der Gleimstraße eine kleinere Baustelle errichtet.

Kurz aus dem Kiez

> **Tino-Schwierzina-Straße**

Trotz Protesten von Anwohnern hat das Bezirksamt beschlossen, dass die Berliner Straße von Am Steinberg bis zur Romain-Rolland-Straße in Tino-Schwierzina-Straße umbenannt wird. Tino Schwierzina (SPD) war der erste Bürgermeister von Ost-Berlin nach der Wende. Die Umbenennung soll im Juni 2014 erfolgen.

> **Kinderkrankenhaus Weißensee**

Auf Beschluss der Bezirkverordnetenversammlung (BVV) hat sich das Bezirksamt Pankow an die Senatsverwaltung für Finanzen gewandt. Der Kaufvertrag über das ehemalige Kinderkrankenhaus Weißensee in der Hansastrasse soll nach dem Willen des Bezirks rückabgewickelt werden. Das Grundstück soll neu ausgeschrieben werden. Außerdem sollen Grundstück und Gebäude schnell vor

Kurz aus dem Kiez

weiterer Zerstörung gesichert werden. Die russischen Investoren, die das Gelände 2005 erworben haben, lassen die denkmalgeschützten Gebäude verfallen. Geplant war, ein wissenschaftliches Zentrum für Krebsforschung aufzubauen.

> **Erinnerung an Hans Fallada**

Im Dezember 2013 wurde am Schulgebäude in der Buchholzer Straße 3 eine Kommentartafel in Erinnerung an die ehemalige Hans-Fallada-Schule eingeweiht. Seit dem Jahre 1993 erinnert an dieser Stelle eine Gedenktafel an den Schriftsteller Rudolf Ditzen – Pseudonym Hans Fallada, der in dieser zu der Zeit als Hilfskrankenhaus genutzten ehemaligen Gemeindeschule von Berlin Niederschönhausen am 5. Februar 1947 verstarb. Die Kommentartafel erinnert an die Namensgebung der Schule als Hans-Fallada-Schule zwischen 1993 bis 2002, die im Zuge der Schulzusammenlegung wieder entfallen musste.

Pankow wird Luxus

> Kampf gegen Verdrängung nur eine PR-Posse

Vor einem Jahr geisterte die frohe Botschaft durch die Medien, dass Pankow als erster Berliner Bezirk etwas gegen die rasante Aufwertung unternimmt und Luxuswohnungen verbietet. An dieser Kunde war kein wahres Wort. Die von Modernisierungen betroffenen Mieter im Prenzlauer Berg wurden schnell eines anderen belehrt.

Pankow hat zum 1. Januar 2013 die Genehmigungskriterien in den Milieuschutzgebieten überarbeitet. Das war letztmalig 2009 geschehen. Allerdings wurden sie nicht verschärft, wie die Medien vermittelten, sondern gelockert. Nunmehr sind viele Aufwertungsmaßnahmen genehmigungsfähig, die es bislang nicht waren. Man könnte meinen, dass die Klagen von Investoren des schwarzgrünen Mittelstandes, die sich die stylische Ausstattung von einer kleinkarierten Baubehörde nicht verbieten lassen wollten, beim Stadtrat der Grünen auf offene Ohren gestoßen sind: Aufzüge, hochwertige Bodenbeläge und Wandverkleidungen, große Balkone und Terrassen, Einbauküchen usw. – alles ist jetzt erlaubt. Angesichts der großzügigen Genehmigungspraxis der Baubehörde ist den Raussanierern schnell klar geworden, dass selbst die verbliebenen Beschränkungen nicht ernsthaft durchgesetzt werden und eher PR-Posse des Stadtrates denn Genehmigungspraxis sind. Grundrissänderungen zur Schaffung hochpreisiger Eigentumswohnungen bekommt der Dealer, so er das Haus entmietet hat, problemlos genehmigt. Verstöße werden nicht geahndet.

Die Gleimstraße 52 ist ein trauriges Beispiel für dieses Zusammenspiel von Bauamt und Immobilienhändlern im Fall eines stark sanierungsbedürftigen Wohnhauses. Stellt schon die genehmigungspflichtige Herstellung eines zeitgemäßen Ausstattungsstandards für viele Mieter ein Problem dar, hat das Bauamt dem Eigentümer auch vieles mehr in Aussicht gestellt, wenn denn die Wohnungen unbewohnt seien. Damit



„Wir bleiben alle“ - Mieterprotest in Pankow

wurden die Mieter vom Bezirksamt dem Renditeinteresse des Immobilienhändlers preisgegeben.

Der Fall Sredzkistraße 26/28 drohte zu einem Exempel für die Vertreibung der Mieter aus einem bereits modernisierten Haus, in dem ein zeitgemäßer Ausstattungsstandard besteht, zu werden. Das Pankower Bauamt hatte hier investorenbeflissen eine milieuschutzrechtliche Genehmigung für die zweite Aufwertungsmodernisierung ohne Rechtsgrund umstandslos erteilt und auch hier die Mieter zum letzten Hindernis für die Renditeinteressen des Immobiliendealers gemacht. Allerdings ist der Vermieter zunächst angesichts des entschlossenen Widerstands der Mieter

von der Umsetzung seines Vorhabens zurückgeschreckt.

Wäre doch wenigstens ein Körnchen Wahrheit an der Mär über das Verbot der Luxusmodernisierung in den Pankower Milieuschutzgebieten! Dann könnte man sich freuen, dass das Bezirksamt Pankow im Jahre 2014 die sozialen Erhaltungsrechtsgebiete derart großflächig ausdehnen will, dass fast der gesamte Prenzlauer Berg unter Milieuschutz gestellt wird. Aber so wird dies den Mietern kaum helfen, sondern allenfalls als Beschäftigungsmaßnahme für die Mitarbeiter der Sanierungsverwaltung nach Aufhebung der sieben Sanierungsgebiete taugen.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

> **Stadtbad Oderberger Straße**

Die denkmalgerechte Sanierung des Stadtbades Oderberger Straße durch die Sprachenschule GLS wird durch den Berliner Senat mit einer Million Euro gefördert. Die GLS hätte die Sanierung alleine nicht stemmen können. Im Frühjahr 2015 soll der Schwimmbetrieb des im Jahre 1986 geschlossenen Bades wieder starten.

> **Teures Schwimmen**

Mit einem Antrag fordert die Linksfraktion den Berliner Senat auf, die zum Januar 2014 in Kraft getretene Tarifierhöhung bei den Schwimmbädern wieder zurückzunehmen. Die neue Tarifsatzung ist unsozial. Bei Bekanntwerden der Eintrittserhöhungen gab es zahlreiche Proteste von Bürgern.

> **Hausglastonnen müssen bleiben**

Nach dem Willen von Entsorgungsfirmen und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung soll ab Januar 2014 in Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick Altglas nur noch an öffentlichen Sammelplätzen entsorgt werden können. Die Haus-tonnen gibt es nun nicht mehr. Damit wird die Abfallentsorgung zu einer beschwerlichen Wanderung für viele Mieter. DIE LINKE will das gut funktionierende System, bei dem das Altglas bei den Bürgern abgeholt wird, als umweltfreundliche Dienstleistung weiter erhalten.

> **Parlamentsreform**

Das Abgeordnetenhaus hat im Dezember eine Parlamentsreform beschlossen. Abgeordnete haben nunmehr die Möglichkeit, Wahlkreisbüros zu eröffnen und Mitarbeiter einzustellen. Letztere konnten bislang nur geringfügig beschäftigt werden. Außerdem wurde die Aufwandsentschädigung für die Bezirksverordneten angehoben.

Dumm gespart, statt klug investiert

> **SPD und CDU haben die Chance vertan, Berlins beachtliche Steuermehreinnahmen sinnvoll zu verwenden**

Mit der Mehrheit von SPD und CDU wurde im Dezember der Berliner Landeshaushalt für die Jahre 2014/15 beschlossen. Für die Stadt ist es eine vertane Chance. Gedankenfaul und ideenlos folgte die Koalition den Vorgaben ihres Finanzsenators. SPD und CDU fragten nicht, was die Stadt braucht oder was getan werden muss, damit sie für alle hier lebenden Menschen gut funktioniert und ein lebenswerter Ort ist.

Stattdessen dominierten das Erreichen der „schwarzen Null“ und der Abbau der Alt-schulden die Haushaltsberatungen. Dabei hat sich Berlins finanzielle Situation grundlegend normalisiert. Allein 2013 stand das Land gut 1,1 Milliarde Euro besser da als geplant. Und selbst wenn die positive Entwicklung nicht anhalten sollte, wird es in den nächsten Jahren Mehreinnahmen geben.

Diese einfach im Schuldenloch zu versenken, finden wir falsch. Denn das Altschuldenproblem ist damit nicht zu lösen. Das kann nur in Übereinkunft mit dem Bund und den anderen Ländern gelingen. Berlins Finanzsenator, der Regierende Bürgermeister, die Koalition – alle wissen das. Doch sie handeln nicht danach. Sie fahren das Gemeinwesen auf Verschleiß.

Statt dumm zu sparen, hätte der Senat jetzt klug investieren müssen: in bezahlbare Mieten, den Öffentlichen Dienst, in eine bessere Bildungs- und Jugendpolitik und in Landesunternehmen, die den Bürgerinnen und Bürgern nützen. Wir haben vorgeschlagen, den Rückkauf der Veolia-Anteile an den Wasserbetrieben nicht auf Kredit,

sondern anteilig aus dem Haushalt zu finanzieren, damit die Wasserpreise tatsächlich und dauerhaft sinken.



Teureres Schwimmen auch im Ernst-Thälmann-Park

Auch eine weitere Entschuldung der BVG ist aus unserer Sicht sinnvoll, um den Druck auf die Fahrpreise zu mindern.

Stattdessen wurde von SPD und CDU peinlich um Schulsozialarbeiterstellen gefeilscht, die Kulturszene um die Einnahmen aus der Bettensteuer City-Tax gebracht, und zum 1. Januar wurden erneut die Eintrittspreise für die Schwimmbäder der Stadt erhöht. Auch hier wäre ausreichend Geld da gewesen, um einen anderen Weg zu beschreiten und auch mehr als bislang in die Sanierung der vorhandenen Schwimmbäder zu investieren.

Es war also konsequent, dass die Linksfraktion im Plenum am 12. Dezember 2013 einem solchen Landeshaushalt nicht zugestimmt hat.



Udo Wolf
Fraktionsvorsitzender
wolf@linksfraktion-berlin.de

Sieg der Vernunft

> Autobahnanschluss in Buch

Der Verkehrsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat sich in einer Beschlussempfehlung zum Autobahnanschluss für Buch endlich eindeutig positioniert: In Auswertung von und auf Anregung der BVV Pankow in Auftrag gegebenen Verkehrsgutachten und Variantenuntersuchungen für einen möglichen Autobahnanschluss ist er zu dem Schluss gekommen, dass die ursprünglich von der Linksfraktion entwickelte Variante einer neuen Stichstraße zur Hobrechtsfelder Chaussee und der Ausbau der Anschlussstelle Bucher Straße an die A 114 am besten geeignet ist, die unbestreitbar vorhandenen Defizite im Bucher Straßennetz zu beheben. Eine direkte Anschlussstelle an der Überführung über die Bucher/Karower Chaussee wurde hingegen verworfen.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, dass eine mögliche Verkürzung der Reisezeit von vier bis fünf Minuten nur mit einer massiven Aufweitung der Karower Chaussee bis

zum Lindenberger Weg und der Bucher Chaussee mindestens bis zum Schönerlinder Weg zu haben gewesen wäre: Die Auf- und Abfahrten zur Autobahn müssten wegen der prognostizierten Verkehrsmenge jeweils durch eine Ampel an der Bucher bzw. Karower Chaussee geregelt werden, was entsprechende Aufstellflächen im Zuge dieser Straßen notwendig macht. Verkehrsberuhigung in den Ortslagen Buch und vor allem Karow sieht anders aus.

Die Befürworter einer unmittelbar an der Bucher/Karower Chaussee gelegenen Anschlussstelle hielten in der BVV-Tagung jedoch noch einmal mit der Übergabe von Unterschriftensammlungen dagegen. Argumentativ waren die Gegner des BVV-Beschlusses dann aber eher schwach aufgestellt und lieferten in der Debatte vor allem ein Bild selektiver Wahrnehmung und Milchmädchenrechnungen. Die nicht zu leugnenden technischen Probleme, die auch die vorge-



Autobahnanschluss Bucher/Karower Chaussee nun vom Tisch?

schlagene Lösung enthält – Brücke über Panke, Fern- und S-Bahn; Baugrund unter der Hobrechtsfelder Chaussee; Leistungsfähigkeit der Autobahnbrücke im Zuge der Hobrechtsfelder Chaussee – wurden aufgebauscht oder gar nicht erst erkannt. Von einer sachlichen Diskussion, die die gesamte Verkehrssituation in Karow und Buch im Blick behält, konnte keine Rede sein.

Die BVV hielt mit großer Mehrheit an der Empfehlung des Verkehrsausschusses fest, der sich auch für die Errichtung eines Regionalbahnhofes in



Buch ausspricht – nebenbei eine Idee, die im Campus Buch entwickelt wurde.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

10. Februar

- 10 Uhr Seniorenklub im Karl-Lieb-knecht-Haus „Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde“, Referent: Prof. Dr. Heinrich Fink, Kleine Alexanderstraße 28
- 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

13. Februar • 14.30 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach, MdA, im Amtshaus Buchholz, Berliner Straße 24, 13127 Berlin

17. Februar

- 18 Uhr Basistag in BVV-Saal
- 19 Uhr Vortrag und Diskussion „Rassismus in Pankow?! Wie Neonazis und Bürger gegen „Fremde“ mobil machen – Ein Rückblick“, Helle Panke Kopenhagener Straße 9
- 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes im Fraktionszimmer

24. Februar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

25. Februar • 10 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebknicht-Haus, Die „Alternative für Deutschland“ (AfD): Aufstieg der rechten Eurokritiker?, Kleine Alexanderstraße 28

3. März

- 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer
- 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes in der Fennstraße 2

7. März • 19 Uhr Diskussion und Vortrag „Der Charakter der großen Krise des Kapitalismus – Konsequenzen für eine Strategie der Linken“, mit Prof. Dr. Dieter Klein, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

13. März • 14.30 Uhr Sprechstunde von Elke Breitenbach, MdA, im Amtshaus Buchholz, Berliner Straße 24

17. März

- 18 Uhr Basistag im BVV-Saal
- 19.30 Uhr Bezirksvorstand im Fraktionszimmer

22. März • 10 Uhr Hauptversammlung im BVV-Saal

24. März • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

31. März • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

5. April • 10 Uhr Landesparteitag



Stammtisch

> GroKo

Neues Jahr, ein neuer Stammtisch. Bier, Apfelsaft, Korn und Kartoffel-Sticks stehen bereit. Nach längerer Pause ist das Bedürfnis, sich auszutauschen, groß. Manfred legt gleich los: „Haben wir nun eine neue Regierung oder immer noch nicht? Nach mehr als 100 Tagen ist die Schonfrist vorbei. Was ist in dieser Zeit wirklich regiert worden? Die alten Minister hatten nichts zu sagen. Die neuen Abgeordneten konnten nichts sagen.“ Wolfgang ergänzt: „Die große Chance, eine neue Politik für Deutschland zu gestalten, ist wieder vertan. Der Gabriel hat mit großem Geschick schon vorab die Absolution seiner Mitglieder eingeholt. Was wird die ‚GroKo‘ (Große Koalition) nun wirklich erreichen? Die Wahlversprechen stehen unter dem Vorbehalt der möglichen Finanzierung oder

sind verwässert, wie zum Beispiel der flächendeckende Mindestlohn, im Regierungsprogramm.“ Meine Ergänzung: „Das Alte ist das Neue. Kapital und Industrie bestimmen die sogenannte neue Politik. Das Sprit sparende Auto ist nicht erfunden und nicht gewollt und die Regierung verlangt die Herabsetzung der Abgasnormen. Es bleibt dabei, nicht GroKo mit großen Möglichkeiten, sondern WeSo (Weiter So), dafür ist die große Koalition bereit. Das hat Tradition in der deutschen Geschichte.“

„Scheinbar gibt es doch Wiederholung in der deutschen Geschichte“, meint Dieter, der bisher nicht zu Wort gekommen war. In der Denkpause war nun Zeit, die Neujahrswünsche auszutauschen. Darauf tranken wir Korn auf Eis.

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 16. Januar 2014
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 13. März 2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Jens Dähnel, Sandra Kaliga, Sandra Brunner, Hartmut Seefeld

Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE Berlin
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
 BLZ: 100 200 00
 Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU mittel Vitamine für's Gehirn schwer

			4		8	6		
		6				2	3	
	8			6	3	9		4
	7		8		6			
	1							9
	3		5		9		2	
4	9						8	
		1	9		2	3		
			7			5		1

4				7	3		2	
1		7		5				
	9		2				7	8
	6				7			
	5							3
	1			8	2			
6		8					3	
							7	
		1		2	6		5	4

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.